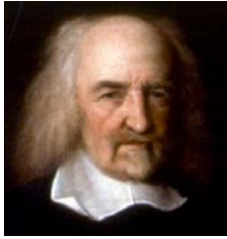


## Deutschland mit Türkei- oder Islam-Problem?



*„Wer die ganze Moral für sich beansprucht, läßt dem Gegner nur die Unmoral. Das kriminalisiert den Gegner und verschärft den Konflikt bis hin zum Krieg.“*

*(Thomas Hobbes, England,  
1588-1679)*

Der schreckliche Brand-Vorgang, Ludwigshafen, im Februar 2008; der Wahlkampfauftritt von Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan mit Forderung nach türkischen Schulen in Deutschland (u.a. Gymnasien, in denen dann natürlich Lehrerinnen mit Kopftuch agieren werden, so dass die hier bisher dagegen gerichtete Diskussion ausgehebelt wird) und mit einer nicht ins Deutsche übersetzten Rede vor erwarteten 20.000 Türken in der Köln-Arena am 10. 2. 2008; Gewalttaten gegen einen Feuerwehrmann aus Ludwigshafen wegen der dortigen Brandbekämpfung eines von Türken bewohnten Hauses, normale Vorgänge oder Spiegelbild einer nahenden Multi-Kulti Kultur-Katastrohe, an der die Parteien des regulären bisherigen Parteispektrums, insbesondere CDU, SPD und Grüne, ihren Schuldanteil haben und die Geister, die Sie riefen nun nicht mehr los bekommen? Des Volkes Reaktion läßt sich einem Leserbrief entnehmen, der aufgeschreckt folgendes von sich gibt:

T .S.

Donnerstag, 07-02-08 13:54

*„Es ist immer wieder verblüffend, wie sich unsere deutschen(??) Politiker von den Interessenvertretern anatolischer Analphabeten auf der Nase herum tanzen lassen. Wer jetzt noch nicht gemerkt hat, dass sich die Türken in der BRD in erster Linie als Türken fühlen und deshalb mit der vielbeschworenen "Integration" nichts am Hut haben, dem ist nicht mehr zu helfen...! Wo bleibt die seriöse politische Alternative, die der schweigenden Mehrheit eine Stimme gibt...?“*

Pauschalisierungen helfen bekanntlich meist nicht weiter, auch, wenn sie im Ansatz richtig zu sein scheinen. Was ist also tatsächlich der historische Hintergrund dieser Abläufe, in deren Zwänge wir uns heute in Deutschland zu befinden scheinen, was die dahinter stehende Absicht ?

### I. Woher?

Die Türkei, auch Kleinasien genannt, hochinteressantes und sehr schönes Land, dessen Schönheit von immer zahlreicheren Deutschen als Urlaubsland und auch als Alterssitz genutzt wird. Früher belebt von Persern, übernommen von den Griechen durch Alexander den Großen, später von den Römern und dann den Osmanen bis Atatürk an die Macht kam. Seßhafte Griechen, Römer, Armenier wurden von den Osmanen okkupiert und zum Übertritt

zum Islam gezwungen. Die Türkei hat heute ca.72 Millionen Einwohner, diese setzen sich aus circa 67 Ethnien zusammen; überwiegend ist sie islamisch orientiert.

Alle früheren Systeme haben ihre zahlreichen Spuren als Altertümer im Land und Ideen wie Ideologien in den Köpfen der nomadisch veranlagten Bewohner hinterlassen, wie zahlreiche beeindruckende Altertumsstätten und teilweise grundsätzlich verschiedene Verhaltensweisen und Sitten der ländlichen Türken im allgemeinen beeindruckend belegen. Sie zeigen gleichzeitig deutlich, dass Kleinasien auch westlich sehr stark beeinflusst wurde und damit schon frühzeitig eigentlich eher dem Abendland zuzuordnen ist, an der Nahtstelle zum Orient mit häufigen Übergriffen von dort liegend. Um die derzeitigen Entwicklungen zu verstehen, bedarf es eines kurzen historischen Rückblicks:

Die Zeit der [Osmanen](#) ist uns letztlich aus dem Geschichtsunterricht mit der Besetzung von Wien bekannt. Die Osmanischen Sultane waren Schiiten. Im [Osmanischen Reich](#) wurde die hanafitische Rechtsschule zur „[Staatsrechtsschule](#)“ erhoben, das heißt zu derjenigen Rechtsschule, auf die alles in **Staat und Gesellschaft** abgestimmt war. Die hanafitische Rechtsschule ist daher noch heute in allen Nachfolgestaaten des Osmanischen Reiches verbreitet und **strebt permanent zum Weltreligionsstaat** (entsprechende Bestrebungen kennen wir bereits aus der sozialistischen und kommunistischen Lehre, die ebenfalls Weltgeltung in Form einer Weltregierung erlangen möchte und damit im Grunde genommen, was das Regierungsziel betrifft, ideologisch bezüglich des gewünschten Verbreitungsgebietes ein ähnliches Endziel verfolgt). Die Mehrheit stellt sie unter all jenen Sunniten, die zu den [Turkvölkern](#) gehören (einschließlich der [Türken](#) selbst), sowie unter den Sunniten des asiatischen Festlandes östlich des Irans, also in [Afghanistan](#), [Pakistan](#), [Turkmenistan](#), [Indien](#), [China](#), [Usbekistan](#), [Kasachstan](#), sowie in [Südafrika](#). Die sunnitische Minderheit im [Iran](#) ist ebenfalls größtenteils hanafitisch. Erwähnenswert an dieser Stelle :Die Hanafiten waren in [Österreich](#) aufgrund des Gesetzes vom [15. Juli 1912](#) betreffend die Anerkennung der Anhänger des [Islams](#) nach hanafitischem Ritus als Religionsgesellschaft ([RGBL](#). Nr. 159/1912) gesetzlich anerkannt. Damit wurde der hanafitische Islam in Österreich schon auf eine Stufe mit den [christlichen Kirchen](#) und den [jüdischen Gemeinden](#) gestellt. Das Gesetz trat am [10. August 1912](#) in Kraft. Das Islamgesetz bekräftigt und verstärkt die seit [1874](#) bestehende staatliche Anerkennung des Islams als [Religion](#) durch Österreich. In [Europa](#) war Österreich damals führend, was die Beziehung zum Islam betraf. [Kaiser Franz Joseph](#) zog mit dem Islamgesetz die Konsequenz aus seiner [Expansionspolitik](#): [1878](#) hatte sich die [Habsburger-Monarchie](#) [Bosnien-Herzegowina](#) faktisch einverleibt (formelle [Annexion](#) erst [1908](#)) – und dadurch eine große Zahl von [Muslimen](#) zu Bürgern der Monarchie gemacht.

Kaiser Franz Joseph stimmte auch dem Bau einer [Moschee](#) in [Wien](#) zu und spendete 250.000 [Goldkronen](#). Wiens Bürgermeister [Karl Lueger](#) stellte dafür ein Grundstück am [Laaer Berg](#) bereit. Nur der [Erste Weltkrieg](#) verhinderte den Bau der Moschee. **Nach dem Zerfall der [Donaumonarchie](#) verblieben nur wenige Muslime in Österreich** (weniger als 1.000).

Das Islamgesetz gilt in Österreich auch nach dem [Ersten Weltkrieg](#) weiter. Mit Wirkung vom [24. März 1988](#) wurde im Islamgesetz die Wortfolge „nach hanafitischem Ritus“ in Artikel 1 und in den Paragraphen 5 und 6 als verfassungswidrig aufgehoben und die Geltung des Gesetzes somit auf alle Muslime erweitert. Das Gesetz heißt seitdem im Langtitel „Gesetz vom [15. Juli 1912](#), betreffend die Anerkennung der Anhänger des Islams als Religionsgesellschaft“ (vgl. [BGBl.](#) Nr. 164/1988).



Gazi Mustafa Kemal Atatürk

Nationalistische Bewegungen des 19. Jahrhunderts waren eine starke Kraft gewesen, die das türkische Vielvölkerreich desintegriert hatten. Diese Kraft war auch schon in den Kerngebieten des Osmanischen Reichs vorhanden. Es entstand eine Widerstandsbewegung gegen das Besatzungsregime, das die Reste des Reichs in Interessensphären aufgeteilt hatte. Die führende Rolle spielte dabei der türkische General [Mustafa Kemal Pascha](#). Seine Rolle in den folgenden Auseinandersetzungen wurde als derart bedeutsam eingestuft, dass das türkische Parlament ihm den Beinamen *Atatürk* („Vater der Türken“) verlieh. Schon bald bildete die nach ihm benannte *kemalistische Bewegung* in den nicht besetzten Gebieten eine Art Gegenregierung.

Bei den im Dezember 1919 durchgeführten Wahlen errang die Befreiungsbewegung eine Zweidrittelmehrheit und verlegte ihren Hauptsitz nach [Angora](#) (heute [Ankara](#)). Im April 1920 konstituierte sich hier die „Große Türkische Nationalversammlung“. Die neue Regierung pflegte gute Beziehungen zum mittlerweile bolschewistischen Russland und wurde von Frankreich, das das Mandat für das südliche Zentralanatolien hatte, faktisch anerkannt. 1923 setzte sich Atatürk nach dem ersten Weltkrieg endgültig als Regierungschef mit dem Laizismus durch. Er schaffte das Sultanat und Kalifat der Osmanen (Kranker Mann am Bosphorus)

ab. Außerdem wurde das Land nach westlichem Vorbild modernisiert. Es gab die Gleichberechtigung vom Mann und Frau; eingeführt wurde die christliche Jahresrechnung; man übernahm das Schweizerische Zivilrecht und führte die Lateinische Schrift ein; Staat und Religion wurde formal getrennt; auch wurden in öffentlichen Gebäuden religiöse Zeichen verboten, wozu auch Frauen das Tragen des Kopftuches verboten wurde, was insoweit belegt, das das **Kopftuch für Türkinnen schon immer faktisch ein religiöses Symbol dargestellt hat.**

Die insoweit durchgesetzte Trennung zwischen Staat und religiöser Gesellschaft wurde von Atatürk massiv durchgesetzt, später übernahm das türkische Militär das Wächteramt über die Einhaltung des Laizismus. Es gab dabei ständig Bestrebungen von Seiten der islamischen Parteien, den Laizismus zu unterlaufen, was von Atatürk und Nachfolgern immer mit der notwendigen Härte unterbunden wurde, weil die Idee des Weltreligionsstaates sich mit der des rechtlichen Staates nicht vereinbaren lässt, vielmehr dazu in klarem Widerspruch steht.

Die weltoffene Mehrheit des türkischen Volkes stand dabei hinter ihm und steht auch heute noch hinter der entsprechenden Politik der Nachfolger von Atatürk. Die derzeit in der Türkei stattfindenden großen Demonstrationen gegen den Versuch der Durchsetzung des Kopftuches bei jungen Studentinnen belegt das. Gleichwohl hat das Parlament am 10.2.2008 das Kopftuchverbot für Studentinnen aufgehoben.

Im Staatsdienst ist Frauen das Tragen von Kopftüchern ohnehin nach dem laizistischen System noch verboten. Vor diesem Hintergrund scheint die jetzige Forderung, Kopftücher bei Studentinnen zu erlauben, inkonsequent; lässt aber darauf schließen, dass der nächste Schritt dazu dienen wird, diese Inkonsequenzen zu korrigieren, indem Kopftücher als zweiter Schritt (Islameinführung Schritt für Schritt) auch im Staatsdienst erlaubt werden sollen. Derzeit wäre nach Erdogan es bei einer Jurastudentin also erlaubt, während des Studiums das Kopftuch zu tragen. Wird sie dann Richterin oder Staatsanwältin, wäre das Tragen des Kopftuchs laizistisch gesehen verboten, was die fundamentalen Islamisten nicht dulden werden. Ähnlich wie in dieser Angelegenheit wird auf verschiedenen Ebenen von fundamentalistischen Islamisten eine Salamtaktik ( wie auch bei fundamentalen Sozialisten und Kommunisten) betrieben, um Schritt für Schritt die islamische Idee wieder schrittweise einzuführen, indem der Laizismus unterlaufen wird.

In der Vergangenheit haben immer wieder sektiererische Prediger versucht, gegen das System des Laizismus hauptsächlich bei dem türkischen Volk mit geringerer Bildung, insbesondere bei der genügsamen und sittenstrengen türkischen Landbevölkerung, insbesondere im arabisch beeinflussten anatolischen Osten an der Grenze zu den arabischen Ländern, gegen die laizistische Staatsverfassung aufzuhetzen. Infolgedessen

kam es auch immer wieder zu Bestrebungen, den Scharia-Staat der osmanischen Zeit wieder zu beleben. Viele Sektenprediger wurden dabei strafrechtlich in der Türkei verfolgt und zwar wegen Volksverhetzung. Viele bewegen sich seitdem nicht mehr in der Türkei, vielmehr im EU-Ausland, insbesondere aber auch in Deutschland, wo sie entsprechende Ghetto-Gemeinden finden, die aus den östlichen Gebieten der Türkei mit der damaligen Gastarbeiterpolitik der deutschen Bundesregierung rekrutiert wurden und diesen Sektenpredigern heutzutage ein offenes und wegen fehlender Bildung leicht zu beeinflussendes Ohr für Indoktrinationen bieten. Hinzukommt, das ältere Türken vom Lande erfahrungsgemäß meist nicht in der Lage und auch nicht willig sind, von ihrer strengen islamischen Erziehung auf Grund geänderter Umstände während der letzten 50 Jahre Abstand zu nehmen.

Solange der laizistische Staat sich wirtschaftlich nach oben bewegte, fand diese Bewegung keinen durchgreifenden Auftrieb. In der kürzeren Vergangenheit wurde die türkische Politik aber immer korrupter, die Inflation stieg auf bis zu 60%. Zunächst versuchte es damals der Politiker Erbakan ( „ *die Moscheen sind unsere Panzer, die Minarette unsere Raketen*“) mit seiner Wohlfahrtspartei, islamisch fundamentalistisch orientiert, indem er Vieles zu ändern versprach, Einiges auch überzeugend einhielt, dann aber von der laizistische orientierten Seite das Verbot seiner Partei erhielt und dafür auch ins Gefängnis kam. In die gleichen Fußstapfen tritt mittlerweile der Ministerpräsident Erdogan, der die Integration der Türken in Deutschland befürwortet, eine Assimilation, also die Anpassung der Menschen, ablehnt. Unsere Forderung nach Assimilation sei eine „*Schande der Menschheit*“. „*Wenn die Europäische Union ein Christen-Club sei, dürfe man nicht von einer Allianz der Kulturen sprechen*“. Fragen nach der Integrationsfähigkeit von Muslimen in der Europäischen Union hört Erdogan ebenfalls nicht gerne. „*Man könne nicht von Freiheit des Gewissens und der Glaubensfreiheit reden und dann solche Fragen stellen*“. Keine Antwort ist auch eine Antwort; dies insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in den von Erdogans Partei beherrschten Kommunen kaum noch eine Frau im öffentlichen Dienst ohne Kopftuch zu sehen ist. Erdogans Ehefrau trägt in der Öffentlichkeit ebenfalls wie die von Erbakan ein Kopftuch. Von laizistische Seite vermutet man nach dieser Darstellung wohl zu Recht abermals die Einführung des Islam durch die Hintertür und versucht dies schon in der Türkei selbst massiv zu unterbinden, zumal Atatürk diese Fragen nie zur öffentlichen Diskussion hat aufkommen lassen und damit ebenfalls durch Erdogan öffentlich in Zweifel bezgl. des Laizismus gestellt wird. Die entsprechend derzeit hochkritische Entwicklung in der Türkei weist deutlich auf eine bevorstehende scharfe Reaktion des türkischen Militärs insoweit hin, das die „**rote Linie**“ mit der jetzigen Kopftuchentscheidung als überschritten bezeichnet und „*Gewehr bei Fuß*“ steht. Oppositionsführer Canan Aritman: „**Wir werden niemals zulassen, dass unser Land ins finstere Mittelalter zurückfällt.**“ Wohin dieser Rückschritt führt, lehrt

gerade die aktuelle Tatsache im islamischen Afghanistan, wo derzeit ein junger Journalist mit Hinrichtung bedroht ist, weil er über die Rolle der Frau im Islam „diskutieren“ wollte

Während Erbakan und Erdogan diesen neuen islamischen Schritt nach vorne mit einer "Erweiterung der Freiheit" ohne Gebot für alle Frauen erklären, gibt es eine ebenfalls denkbare Freiheits-Erweiterung zum Beispiel für die Christen in der Türkei andererseits nicht, z.B . Kirchenbau und uneingeschränkte Freiheit des Christentums, was also an der Ehrlichkeit der Erklärungen auch im Rahmen der EU bereits deutlich zweifeln lässt. Ein Gedankengang, der von vielen freiheitlich denkenden Türken sofort ebenfalls aufgegriffen und mit derzeitigen Großdemonstrationen beantwortet wird.

Ca. 97% der Bevölkerung in der Türkei sind islamistisch ausgerichtet, lediglich 15% davon sind Fundamental-Islamisten, die dabei in den meisten Fällen aus den östlichen anatolischen Gebieten stammen. Daneben gibt es 3% der Bevölkerung, die der christlichen Lehre folgen. 30.000 Juden sind ebenfalls in der Türkei vertreten. Trotz des hohen Anteils an Islamisten sind gleichwohl 60% der als islamisch gemäßigt zu bezeichnenden türkischen Bevölkerung, also weltoffenere Islamisten, gegen einen Islamstaat als Scharia-Staat, wie ihn die fundamentalistischen Islamisten errichten wollen. Andere Parteien, darunter vier sozialistische, verhalten sich nach außen hin zu diesem Problempunkt angeblich unentschieden. Im Rahmen der iranischen Revolution um Khomeini war jedoch bereits zu verzeichnen, dass die Sozialisten und Kommunisten die Bestrebungen der Islamisten (Unterwanderung Schritt für Schritt) selbstverständlich gegen die damalige Regierung unterstützten, welche eigenen Gründe sie auch immer dabei verfolgt haben mögen. Nachdem Khomeini dann die Regierung übernommen hatte, wurden viele von ihnen liquidiert, es sei denn, sie konnten vorher fliehen.

**Zusammenfassend lässt sich insoweit feststellen, dass von Atatürk das seinerzeit aus dem osmanischen Reich resultierende Problem durch das laizistische System in der Türkei erfolgreich, weil wirksam, ersetzt wurde, indem er vor allen Dingen die Trennung zwischen Staat und "Islam-Kirche" durchsetzte und diese Regelung eisern einhielt. Nur darauf ist der wachsende Erfolg der türkischen Wirtschaft und der Entwicklung aus dem Nomadentum heraus in Richtung Moderne erfolgreich betrieben worden. Jedem Islamisten blieb und bleibt es dabei im Laizistischen System unbenommen, seinem islamistischen Glauben nachzugehen, Moscheen zu besuchen und sein privates Leben ebenfalls nach seiner religiösen Ausrichtung zu gestalten, solange er nicht Bestrebungen gegen den weltlichen Staat, sei es durch Einsatz von Gewalt oder Volksverhetzung, durchzusetzen versucht. Dem wäre auch unsererseits**

in der EU nichts entgegenzusetzen. Türkischen Städtern ist es dabei einfacher gelungen als den Landbevölkerungen, insbesondere in Anatolien, eine weltoffeneren Islameinstellung zu praktizieren. Die dabei bestehenden gebliebenen "Ungerechtigkeiten" aus westlicher Sicht, wie Benachteiligung der Frau, Patriarchat, strengere Sitteneinbindung unter Freiheitseinschränkung des Einzelnen usw. wurden auch von Atatürk zumindest faktisch hingenommen, solange nicht die Religion die Staatsübernahme versuchte. Kommende Änderungen im laizistischen System werden damit automatisch auch direkte Auswirkungen bei uns in Deutschland und letztlich in Europa mit sich bringen. Das derzeitige Türkeiproblem ist also auch unser präsenten Eigenproblem (wenn auch von Seiten des Deutschen Volkes unerbeten aber von gewissenlosen Politikern vorgesetzt), welches es synchron mit der weltoffenen Türkei unter Abwehr des Fundamentalismus zu lösen gilt

## II. Wohin?

Während in der Türkei bisher eisern auf die laizistische Staatseinstellung geachtet wurde, sind die teilweise in der Türkei verfolgten fundamentalistischen Islamisten im Rahmen der Gastarbeiterregelungen nach Deutschland unter Beibehaltung ihrer streng islamischen Sitten und Gebräuche infiltriert, ohne dass sie hier nach den Regelungen des Laizismus die Zuwanderung und Seßhaftwerdung kontrolliert werden und beeinflussen in Moscheen und Koranschulen massiv die islamischen Einwanderer.

Die Regelungen des Koran werden dabei von den Einwanderern insbesondere des türkischen Ostens, der in erster Linie zu uns gekommen ist, wortwörtlich übernommen und praktiziert, eine aktuelle, d.h. zeitgemäße Koran-Auslegung findet nicht statt, so dass es auf dieser Grundlage zur Ghettobildung in deutschen Vorstädten mit der bekannten Parallelgesellschaft kommt. Weltoffeneren Islamisten, die mit der Einwanderung sich aus finanziellen Gründen wohnsitzmäßig nicht von den türkischen Haupteinzugsgebieten der deutschen Städte lösen konnten oder können, werden mit Drohungen massiv unter Druck gesetzt um sich islam-fundamentalistisch konform zu verhalten, also die fundamentalistischen Islamregeln einzuhalten und finden sich trotz Auswanderung im entflohenen repressiven Alt-Islamsystem vor dem Laizismus wieder.

Urdeutsche Altbewohner, Rentner, Pensionäre, insbesondere alte Menschen mit zu geringer Rente, die nicht vor der Zuwanderung flüchten konnten, fristen in den entstandenen türkischen Ghettos unbeachtet von der eigenen Regierung hilflos ein mehr als kärgliches und nie gewünschtes noch erwartetes stark auslandbeeinflusstes Ableben, um es vorsichtig auszudrücken. Belege und Zeugen dafür gibt es viele, auch hier regiert bei der Aussagewilligkeit aber die vermittelte Angst. Das eigene deutsche Volk läßt so seine eigenen „Alten“ unbeachtet verkommen. Beide Seiten, deutsche Altbewohner wie weltoffene Türken,

haben so unter dem fundamentalistisch islamischen Damoklesschwert faktisch täglich zu leiden, wenn sie sich unangepasst (nicht **assimiliert!**: siehe Aussagen Erdogan) zeigen.

**Diese Entwicklung lässt sich heute nur begrenzt rückläufig machen. Frühzeitige Warnungen davor blieben durch naive Politiker unbeachtet.** Insbesondere ist zu bedenken, dass es viele eingegliederte Türken gibt, die man als aufgeschlossene Islamisten bezeichnen kann, welche keinerlei Bestrebungen haben, Institutionen oder den deutschen Staat zu übernehmen und zu einer Scharia-Gesellschaft zu machen und die nicht auffallen, weil sie eine problemlose Eingliederung ebenfalls gewünscht und, weil finanziell möglich, durchgesetzt haben. Türken, die sich immer häufiger öffentlich äußern wie: "*in 20 Jahren übernehmen wir hier ohnehin alles*", sind regelmäßig den noch in der Minderheit befindlichen Fundamental-Islamisten und nicht den weltoffenen eingegliederten Islamisten zuzuordnen, weil in Deutschland im Gegensatz zur Türkei nicht wie im laizistischen System laizistische antifundamentalistische Grenzen und Kontrollen gesetzt wurden und werden.

Westliche Bescheidenheit gibt es in der Denkungsart der Fundamental-Islamisten wegen deren Herkunftssitten und Mentalität; deren Sendungsbewußtseins für den Weltreligionsstaat nicht, man ist an System-Übernahme durch Errichtung des Scharia-Staates weltweit interessiert und führt diese Absicht auch kompromisslos durch, mal mit Salamtaktik, mal wortwörtlich offen kontrovers, mal vermeintlich zurückhaltend (wir kennen das Problem schon von den fundamentalen Sozialisten und Kommunisten).

Viele der aufgeschlossenen unproblematisch eingegliederten nicht fundamentalistischen Türken, die oft aus den türkischen städtischen Verhältnissen kommen, werden also durch diese Verhaltensweise ebenfalls in ihren Grundrechten genau so wie deutsche Mitbewohner beschnitten und stehen einstellungsmäßig auf Seite des Abendlandes. Spricht man dieses Ghetto-Unterdrückungsproblem in der Türkei an, fallen als „fundamentalistische Islamisten“ bezeichnete „Deutschländer“ beim weltoffenen türkischen Gesprächspartner sofort in Ungnade, "*weil sie das Bild des Türken an sich beschmutzen*", d.h. ins Negative ziehen und nicht den weltoffenen Türken wiedergeben. Pauschalisiert bei dem deutschen Islamproblem also wie eingangs im Leserbrief geschehen, auf „die Türken“ zu verweisen, ist in der öffentlichen Diskussion fehl am Platze. Auch äußern weltoffene Türken in der Türkei häufig, dass man Angst davor habe, dass der fundamentalistische Islam durch erkennbar schleichende Unterwanderung Platz greife und man insoweit die Verhältnisse, von denen man durch Auswanderung entflohen sei, plötzlich wieder finde. Die Angst vor dem Eingriff des Militärs wegen des Überschreitens „der roten Linie“ mit der Auflösung des Kopftuchverbotes ist derzeit allgegenwärtig. Man befürchtet gewalttätige Auseinandersetzungen.

**Es geht also für deutsche Regierungen künftig darum, bei der massiv auftretenden aggressiven Verhaltensweise des fundamentalistischen Islams nicht nur deutsche Bewohner, vielmehr auch eingegliederte Türken und andere gemäßigte Islamisten in Deutschland und vor schlimmeren Entwicklungen für Gesamt-Europa zu schützen.** Dazu gehört auch, den Bau von Moscheen in der Anzahl zu begrenzen und deren täglichen Betrieb auf laizistische Denk-Einhaltung zu überwachen, insbesondere nicht erforderlich erscheinende Großmoscheen, wie die geplante in Köln, zu verhindern.

Eine generelle Überwachung kann, wie im türkischen laizistischen System, durch die einfachen Regelungen, die schon durch das System von Atatürk aufgestellt und praktiziert werden, auch in Deutschland erfolgen. Die Anzahl der zulässigen Moscheen setzt zunächst voraus, dass die Anzahl der in Deutschland befindlichen Islamisten, die diese benutzen wollen, bedarfsmäßig ermittelt wird und den behaupteten Bedarf überhaupt zahlenmäßig belegt. Danach lässt sich leicht der generelle tatsächliche Bedarf an Moscheen-Plätzen errechnen und erkennen, ob es nur um die optische Platzwirkung von Monumentalbauten geht.

Im Zuge der europäischen Entwicklung lassen sich islamische Einrichtungen ohnehin nicht gänzlich mehr verhindern, da bereits in Ländern wie England und Frankreich auf Grund ihrer Kolonialzeit mit ihrer Entwicklung allgegenwärtig. Freizügigkeit und Religionsfreiheit innerhalb der EU-Region tragen das Ihrige zur Verbreitung bei, was auch den fundamentalistischen Islamisten klar ist, beobachtet man deren täglich gezeigte Absichten und Verhaltensweisen. Das innerdeutsche Baurecht eignet sich im übrigen nach wie vor dazu, Baubeschränkungen und bestimmte baurechtliche Vorschriften im Interesse der deutschen Bevölkerung und der eingegliederten Migranten durchzusetzen, um auch bauliche Verfremdungserscheinungen für die deutsche Urbevölkerung von vorne herein zu unterbinden. Es bedarf nur der richtigen Politiker, die das auch durchsetzen!

Das rechtswidrige Verhalten von Wanderpredigern, die in der Türkei nicht auftreten dürfen, weil sie Volksverhetzung betreiben, kann auf die gleiche Art und Weise in Deutschland verfolgt werden, indem man sich mit den weltoffenen laizistischen türkischen Behörden bezüglich dieser Personen abstimmt durch Arbeitskreise in Verbindung setzt, weil beide diesbezüglich das gleiche Interessenfeld bearbeiten, soweit natürlich die türkische Regierung unter z.B. Erdogan nicht schleichend noch weiter islamisiert wird und das gemeinsame Interessengebiet unterlaufen wird. **Predigten** dürfen in deutschen Moscheen beziehungsweise Moscheen in Deutschland **nur in Deutsch** gehalten werden, weil man in Deutschland ist und **auch deutsche Muslime das Recht auf verständliche Teilnahme an Moschee-Ereignissen haben.** Zuwanderer trifft ohnehin die Pflicht zur Erlernung der

deutschen Sprache. Alle Predigten, sei es durch die örtlichen Prediger, sei es durch Wanderprediger müssen vollständig auf Audio-Magnet-Band festgehalten und müssen archiviert werden. Erfolgt das nicht, wird die Moschee geschlossen, soweit Sanktionen gegen die Prediger nicht ausreichen. So wird es in der Türkei im Rahmen des laizistischen Systems praktiziert, entsprechend sollte dies auch hier der Fall sein. Die oft beschworene Religionsfreiheit steht dem nicht entgegen.

Christliche Kirchen sind bereits seit langer Zeit vom Staat getrennt und sind reine Religionsgemeinschaften, an die die Verfasser des Grundgesetzes aus geschichtlicher Erfahrung gedacht hatten. Das Problem „**Islamismus = reine Religion oder andersartige Kultur mit Religionsstaat als Zentrum**“, stand damals nicht einmal vom Denkansatz her zur Debatte, weil für das Abendland faktisch durch „Trennung von Staat und Kirche“ erledigt und verfassungsdogmatisch überholt. **Für den Abendländer stellt sich die insoweit aufgekommene unsinnige Islamdiskussion als „Zurück in die Zukunft“ dar und ist schon denkkategorisch nicht akzeptabel. Hieraus resultiert der Widerstand der PRO's um Rechtsanwalt Markus Beisicht.**

Kommt es in der Türkei zu Beschwerden bezüglich der gehaltenen Predigt ist diese jederzeit überprüfbar anhand der Audio-Bänder. Eine Religionskultur denkfremder Herkunft muß sich der Überprüfung ihrer Aussagen auf Verfassungsmäßigkeit selbstverständlich sowohl in Deutschland wie der Europäischen Union unterwerfen. Beinhaltet eine Predigt Volksverhetzung nach westlichem Maßstab, erhält der Prediger wie in der derzeitigen laizistischen Türkei ein Disziplinarverfahren, in schlimmeren Fällen ein Strafverfahren und wird aus dem Verkehr gezogen..

Hieraus resultieren die bereits bezeichneten türkischen Wanderprediger, die wegen insoweit rechtswidrigen Verhaltens in der Türkei nicht mehr auftreten dürfen und sich deshalb andere Wirkungsorte im Ausland suchen. Solchem Verhalten gilt es durch Abstimmung der jeweiligen Strafverfolgungsbehörden entgegen zu wirken. Außerdem gilt es den in der islamischen Sphäre vorhandenen einseitig orientierenden Koranschulen durch Einrichtung überwachten weltoffenen Islamunterrichts entgegen zu wirken, weil Koranschulen erkennbar nur der Indoktrination der Kinder dienen und ihnen später im Leben keine andere Religionswahl lässt, zumal der Scharia-Staat eine solche Abkehr mit dem Tode bestraft.

Türkische Schüler müssen den Koran nicht in der türkischen Sprache auswendig lernen, vielmehr in arabischer Sprache, die ihnen i.d.Regel nicht geläufig ist und was dazu führt, daß unreflektiert und automatisch „nachgebetet“ wird. Für den freien Staat des Abendlandes sind solche Automaten-Bürger nicht akzeptabel, weil mit ihnen das Prinzip der Demokratie nicht realisierbar ist. Die Lehre des Koran muss deshalb ebenfalls in der deutschen Sprache

vermittelt werden, was wiederum voraussetzt, dass die Schüler die deutsche Sprache überhaupt vollständig und richtig beherrschen, was ein diesbezüglich förderndes besonderes Schulsystem mit Laizismus-Überwachung bzgl. seiner Einhaltung voraussetzen würde, das jedenfalls in Deutschland derzeit nicht existiert.

Wenn man Menschen mit geschilderter Morgenland-Mentalität einwandern lässt, muß man sich über diese Problematiken im Klaren sein und politisch vorsorgen. Zum Schaden Aller, der Einwanderer wie der deutschen Urbevölkerung, ist das durch die politische Klasse „quer Beet“ nicht erfolgt, obwohl zu Hauf Erfahrungen bei den Engländern wie den Franzosen bezüglich der gleichgelagerten Einwandererprobleme seit Jahrzehnten vorlagen. **War das Absicht oder pure politische Dummheit?**

„Das Kind liegt im Brunnen“, demzufolge geht es heutzutage zunächst um Schadensbegrenzung. Dabei geht es zunächst darum, die Politikerkaste kaltzustellen, die mit der Annäherung des aufgezeigten Problems gänzlich versagt hat und, wie ihre derzeitigen „Sprüche“ erkennen lassen, immer noch zum Schaden des europäischen Abendlandes weiter völlig versagt. Man faßt sich an den Kopf, wenn auch christliche Menschen, wie jetzt der Erzbischof der anglikanischen Kirche, Rowan Williams, sogar Teile der islamischen Gerichtsbarkeit ins englische Rechtssystem eingefügt wissen will. Der Aufschrei in England ist deshalb zu Recht überbordend. **Sie können solche Entgleisungen mit der nächsten Wahl ändern, denn Sie sind das Volk!** Die PRO's um Rechtsanwalt Beisicht werden sich zur Wahl stellen!

### III. Was folgt?

Die Einwanderung von Türken in Deutschland hat im Rahmen der Familienbildung naturgemäß zu Nachkommenschaft geführt. Soweit weltoffene Eltern verantwortungsbewusst dafür gesorgt haben, dass die türkischen Kinder eine ordentliche weltoffene, wenn auch islamische, Erziehung erhielten und ihnen auch eine gute Berufsausbildung zugute kam, ist es in vielen Fällen gelungen, auch hier die Eingliederung (nicht nur Integration sondern auch Assimilation ) in die deutsche Bevölkerung erfolgreich und reibungslos durchzuführen. Zahlreiche Beispiele zeigen die vielen ehemals türkischen berufstätigen Familienmitglieder mit türkischem Namen im deutschen Alltag einschließlich der vorgenommenen Einbürgerung unter weltoffener Beibehaltung auch türkischer Gewohnheiten.

Zu erwarten und schon früh auffallend war jedoch die Tatsache, dass durch die gleichzeitige Erziehung nach türkischen Sitten und Gebräuchen und durch die Eingliederung in das deutsche Lebensgefüge Lebensgefühlprobleme bei der Nachkommenschaft vielfach, teils nach eigenen Angaben sogar irreparabel, auftraten. **Man fühlt sich weder in Deutschland**

**richtig heimisch, noch in der Türkei richtig aufgehoben.** In Deutschland sprach man teilweise von "Niemandskindern", die Türken in der Türkei bezeichnen die Nachkommenschaft pauschal als "**Deutschländer**". Unter diesen Begriff wurden sie bei Rückkehr in die Türkei ebenso abwertend behandelt, wie bei Kurzaufhalten während der Urlaubszeit. Kommt man als Deutscher in der Türkei mit zurückgekehrten aber merklich positiv auftretenden „Deutschenländern“ in Berührung, kommt schnell das Thema auf die Frage, "*wie fühlte man sich in Deutschland, wie jetzt in der Türkei*".

Alle waren zufrieden mit der erhaltenen Ausbildung, die ihnen mit der Rückkehr in der Türkei eindeutig Vorteile brachte. Eine richtige Rückgliederung in die türkischen Lebensverhältnisse hat aber nicht stattgefunden, weil die gelernten zwei Kulturen zu unterschiedlich sein und jeweils andere Erwartungen des Betroffenen an sich selbst wie andere Erwartungen bei den jeweiligen Mitbürgern des anderen Landes wecken würden.

Nachkommen von türkischen Einwanderern, die aus den stark islamisch beeinflussten ländlichen Gebieten kamen, insbesondere Anatolien oder Kappadokien, konnten sich in die islamisch-türkischen Verhältnisse alter Prägung nicht richtig eingewöhnen und fühlten beziehungsweise fühlen sich wie Fremdkörper, werden teils auch so von den fundamentalistischen Türken behandelt, weil sie für Indoktrination unempfänglich erscheinen. Von 10 Eheschließungen zwischen "Deutschländern" und Mädchen aus dem ländlichen Bereichen aber auch von in der Türkei verbliebenen Städtern mit diesen ländlichen Mädels werden 6 relativ schnell wieder geschieden, weil man sich wegen verschiedener sittlicher und religiöser Auffassungen nicht mehr verständigen kann. Die Unterschiede in der Lebensauffassung seien einfach zu massiv unterschiedlich, die ländliche Bevölkerung verhält sich oft noch nomadisch im Gegensatz zu den in jeder Hinsicht sesshaft Gewordenen. Wahrscheinlich leitet sich daher auch die Gewaltbereitschaft im Terroristenbereich (z.B. England) her, wonach trotz der Geburt im Tatortland bei der dortigen Ausführung terroristischer Taten ohne Zögern gehandelt wird.

Erdogan plädierte bei seinem letzten Deutschlandbesuch abermals für die Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union. Immer wieder war bisher davon die Rede. Wegen der Verzögerungen in der Europäischen Entscheidungsebene sind viele weltoffene Türken erkennbar frustriert, weil sie sich von Europa nicht unterstützt sehen, den fundamentalistischen Islam zurückzudrängen. Europa, hat es den Anschein, kapselt sich ab und setzt auf Zeit. Manche Türken wollen schon gar nicht mehr in die EU. Hinzu kommt, das Erdogan zu Hause in der Türkei auch Anderes verlauten läßt. So will er sich als Islamist andernfalls mehr dem Orient anschließen, d.h. den Scharia-Staaten Arabiens, dem Iran usw., um zwischen Asien und Europa eine weitere Alternative zu schaffen. Beobachtet man die Entwicklung um den Iran, wird dies eine mehr als gefährliche Alternative für Europa. Die

von den USA beabsichtigten Raketenstellungen werden damit verständlicher, bleiben aber in der deutschen Presse bisher unter diesem Bezug unerwähnt. Europa ist in der Entscheidungsklemme! Türkei nach Westen bringt den Islam unweigerlich, ob weltoffen oder fundamentalistisch ist nicht abzusehen aber kontrollierbarer. Andernfalls baut sich ein weiterer ideologischer Glaubensfeind im Osten mit bedrohlichen Auswirkungen unkontrollierbar und mit dem alten islamischen Sendungsbewußtsein auf.

### **Welche Konsequenzen sollen wir daraus für Deutschland und für Europa ziehen?**

Grundsätzlich ist zunächst klarzustellen, dass wir weder etwas gegen Einwanderer mit türkischer Nationalität, noch gegen Islamisten generell haben, soweit sie uns die gleichen Rechte lassen, wie sie für sich selbst einfordern und auch nicht versuchen, unseren Staat zu unterwandern und zu übernehmen, wie das von Seiten fundamentalistischer Islamisten der Fall ist. Deshalb die Reaktion von Kemal Atatürk, der seinerzeit mit der Einführung des Laizismus die entsprechenden Konsequenzen zog, wie sie auch bei uns zwischen Staat und Kirche im Mittelalter bereits gezogen wurde, in dem jeder getrennt wird und der Religion der Einfluss auf die politische Gestaltung weitgehend genommen wird.

### **Wir brauchen deshalb nicht weitergehen, als es der Laizismus bereits getan hat, warum das Rad neu erfinden?**

Auf der Grundlage der in diesem Artikel insoweit gemachten Ausführungen zu den Verhältnissen in der Türkei stellen wir als Mittelstand pro NRW folgende Postulate, die wir **Pro NRW** zur Realisierung nahe legen, um sie in das Programm aufzunehmen.

1. bei der Immigration ist generell darauf zu achten, dass ein repräsentativer Querschnitt aus der anderen und der islamischen Bevölkerung insbesondere in Bezug auf Ausbildung und berufliche Betätigung einwandern kann und nicht nur Armenhäuser aus anderen Ländern. Länder wie Australien und Amerika machen von diesem Prinzip seit Jahrzehnten Gebrauch und es hat sich bewährt. Grundsätzlich haben wir dabei die Auffassung, dass wir nach wie vor kein Einwanderungsland wie etwa Amerika oder Australien sind.

2. Errichtungen von Moscheen unterliegen der generellen Regelung und konsequenten Anwendung sämtlicher Bauordnungen in Deutschland und demnächst auch in Bezug auf Europa. Alle, das heißt Migranten und die nationalen Bewohner werden insoweit gleich behandelt, es gibt auch bezüglich der Fördermittel keine stillschweigende Übervorteilung der nationalen Bevölkerung durch Bevorteilung der Einwanderung und auch bei baulichen Fehlverhalten zum Beispiel von Islamisten wird kein Auge zugedrückt, um nicht ausländerfeindlich zu wirken. Hier ist derartige Argumentation völlig fehl am Platze und ideologisch bedingt.

3. in errichteten Moscheen haben alle religiösen Handlungen in deutscher Sprache stattzufinden, schließlich gibt es auch deutsche Islamisten. Die einwandernde Bevölkerung islamischer Prägung und auch ansonsten hat sich insoweit der deutschen Sprache anzupassen und diese zu lernen.

4. bereits in der Türkei oder anderen islamischen Ländern verfolgte Wanderprediger bekommen in Deutschland eine Predigtverbot, was Informationen zwischen Deutschland und den islamischen Staaten bedingt. Die Predigten und alle sonstigen religiösen Handlungen haben durch Audio-Visuelle Speicherung, sei es auf Bändern, sei es auf DVD oder CD in Form eines Archivs jederzeitigen Zugriff bei Beschwerden über Inhalt und Vortragsart der Predigt einer Kontrollstelle religiösen Charakters mit staatlicher Kontrolle Zugriff zu gestatten. Der Tatbestand der Volksverhetzung im Rahmen der strafrechtlichen Bestimmungen in Deutschland ist insoweit anzupassen, dass auch derartige gegen die Verfassung und den Bestand der Bundesrepublik gerichtete scheinreligiöse Handlungen nachvollzogen und gegebenenfalls strafrechtlich verfolgt werden können.

5. die in der Regel privat finanzierten Moscheen haben die Finanziers, deren Hintergründe sowie die Zusammenstellung der Finanzierung der Moschee offen zu legen.

6. auch die übrigen Regelungen des Laizismus sollten aus der Türkei übernommen werden, weil sie sich bisher generell als sehr effektiv erwiesen haben

Die Islamisten, die das Miteinander der verschiedenen Regionen wirklich ernst meinen, werden gegen derartige Regelungen nichts haben können, weil sie sich in der Türkei bereits hervorragend bewährt haben und auch den wirklichen Islamisten, die gewaltfrei ihre Religion ausüben wollen und kein Weltsendungsbewusstsein haben, unterstützen und schützen vor radikalen Islamisten.

JC 12.3.2008